

Matthäus-Maier, Ingrid; Necker, Tyll; Watrin, Christian; Pohl, Rüdiger; Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Matthäus-Maier, Ingrid; Necker, Tyll; Watrin, Christian; Pohl, Rüdiger; Scharrer, Hans-Eckart (1990) : Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 2, pp. 63-77

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136605>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR?

Die Bundesregierung hat der DDR Verhandlungen über den Abschluß einer Wirtschafts- und Währungsunion vorgeschlagen. Welche Implikationen ergeben sich hieraus? Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Tyll Necker, Professor Christian Watrin, Professor Rüdiger Pohl und Dr. Hans-Eckart Scharrer nehmen Stellung.

Ingrid Matthäus-Maier

Für eine Währungsunion schon in diesem Jahr

Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe der deutsch-deutschen Politik ist es, den Massenexodus aus der DDR zu stoppen. Um die Bürger der DDR zu veranlassen, in ihrer Heimat zu bleiben, muß ihnen rasch eine Zukunftsperspektive eröffnet werden. Dazu gehört vor allem eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Reformen zur Sanierung und Modernisierung der DDR-Wirtschaft werden aber mehr Zeit beanspruchen, als die Menschen in der DDR haben. Deshalb kommt der Währungspolitik eine Schlüsselrolle zu: Die Schaffung einer deutsch-deutschen Währungsunion mit der D-Mark als gemeinsamer Währung wäre für die Menschen ein unmittelbar einsichtiges Hoffnungssignal für eine rasche Erneuerung der DDR-Wirtschaft. Die Einführung der D-Mark würde auch die notwendigen wirtschaftspolitischen Reformen wesentlich unterstützen und beschleunigen. Damit könnte die Einführung der D-Mark der Start-

schuß für ein Wirtschaftswunder in der DDR sein.

Vorteile

Die Vorteile einer deutsch-deutschen Währungsunion mit der D-Mark als gemeinsame Währung liegen auf der Hand:

- Die Einführung der D-Mark, die jetzt ungeordnet abläuft, würde geordnet vollzogen.
- Die Menschen in der DDR erhalten für ihre Arbeit auch gutes Geld, mit dem sie sich etwas kaufen können.
- Die DDR erhielte eine international akzeptierte Währung, mit der die Importe (Investitions- und Konsumgüter) bezahlt werden können, die notwendig sind, um die Wirtschaft zu modernisieren und die Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern; die Importfähigkeit der DDR wäre nicht mehr durch die Verfügbarkeit über Devisen, sondern „nur noch“ durch die Kaufkraft von Unternehmen und Bürgern begrenzt.

Der für die Sanierung der DDR-Wirtschaft entscheidende Zustrom westlichen, insbesondere bundesdeutschen, Kapitals würde wesentlich erleichtert, da sich die Investoren ohne Währungsrisiko engagieren könnten.

Abgesehen von dem stärkeren Zufluß von westlichem Kapital und Know-how würde die Modernisierung der DDR-Wirtschaft auch dadurch beschleunigt, daß sich die Unternehmen rascher auf den Wettbewerb einstellen müßten, als dies der Fall wäre, wenn die DDR-Wirtschaft durch einen künstlich unterbewerteten Wechselkurs für die DDR-Mark von der internationalen Arbeitsteilung abgeschottet wäre. Anpassungsprobleme sind mit den notwendigen Wirtschaftsreformen in jedem Fall verbunden, mit oder ohne Währungsunion. Hier sind auch Anpassungshilfen durch eine soziale Flankierung von seiten der Bundesrepublik Deutschland erforderlich. Diese Anpassungshilfen würden aber in ihrer Wirksamkeit erhöht, wenn die Einführung der D-Mark die

Reformen unterstützt und beschleunigt.

□ Die Einführung der D-Mark gibt der neu gewählten DDR-Regierung die Chance, die notwendigen Wirtschaftsreformen unmittelbar nach der Wahl entschlossen durchzuführen. Ohne diesen Startschuß würden sich die Reformen unter Umständen über Jahre und damit auch politisch belastend hinziehen.

□ Da die Einführung der D-Mark in der DDR die Chance bietet, den Übersiedlerstrom eher einzudämmen, als dies ohne Einführung der D-Mark möglich erscheint, und darüber hinaus die notwendigen Wirtschaftsreformen nachhaltig begünstigt würden, wäre die Schaffung der deutsch-deutschen Währungsunion die für beide deutsche Staaten volkswirtschaftlich günstigste Lösung.

Währungsbestände

Währungstechnisch erfolgt die Schaffung einer deutsch-deutschen Währungsunion dadurch, daß die jetzigen Bestände an DDR-Mark in D-Mark umgestellt werden. Die Bundesbank müßte die D-Mark-Geldmenge lediglich in dem Maße erweitern, wie das für die Geldversorgung der DDR-Wirtschaft erforderlich ist. Diese Umstellung belastet die öffentlichen Haushalte nicht.

Diese Geldversorgung muß streng am Stabilitätsziel orientiert sein. Das heißt, daß der DM-Geldmantel für die DDR-Wirtschaft weder zu weit (Inflationsgefahr) noch zu eng (Deflationsgefahr) geschneidert werden darf.

Die für die Geldversorgung der DDR zusätzlich erforderliche DM-Geldmenge muß daher dem realwirtschaftlichen Potential der DDR-Wirtschaft entsprechen. Aus diesem Verhältnis von realwirtschaftlich erforderlicher DM-Geldmenge

und der zum Umstellungszeitpunkt vorhandenen DDR-Mark-Geldmenge ergibt sich der Umstellungskurs. Es handelt sich also nicht um einen wie auch immer gearteten „politischen“ Kurs, sondern um einen streng am Ziel der DM-

Stabilität ausgerichteten „ökonomischen“ Kurs.

Dieser Kurs kann erst dann fixiert werden, wenn für die DDR gesicherte volkswirtschaftliche und bankstatistische Daten vorliegen. Der Kurs hängt auch davon ab, wie weit die wirtschaftlichen Reformen in der DDR vorangekommen sind.

Dieser am Stabilitätsziel orientierte Umstellungskurs schließt nicht aus, daß aus sozialen Gründen eine Differenzierung vorgenommen wird. So könnte für Bargeld und für Sparguthaben ein bestimmter Betrag, z. B. 1000 DM pro Person, zum Kurs von 1:1 umgetauscht werden.

Laufende Einkommen

Von der Umstellung der Geldbestände zu trennen ist die Umstellung der laufenden Einkommen: Für Löhne und Gehälter muß gelten, daß die Tarifpartner die Höhe der Arbeitsentgelte in D-Mark in autonomen Verhandlungen bestimmen. Da die Produktivität der DDR-Wirtschaft etwa halb so groß ist wie die der bundesdeutschen Wirtschaft und die jetzigen Einkommen in DDR-Mark halb so hoch wie die vergleichbaren Einkommen in der Bundesrepublik sind, könnte davon ausgegangen werden, daß sich bei der DM-Einführung ein (rechnerischer) Umstellungskurs von 1:1 ergibt; das heißt aus dem durchschnittlichen Bruttoarbeitseinkommen in der DDR-Industrie von 1292 DDR-Mark (1988) könnten 1292 DM werden. Da die anstehenden Reformen zu einer raschen Produktivitätssteigerung führen werden, kann auch von einem schnellen Anstieg der Einkommen in der DDR ausgegangen werden.

Renten und andere staatliche Transferzahlungen müssen ebenfalls entsprechend umgestellt werden. Da mit der jetzigen DDR-Rente eine menschenwürdige Lebensfüh-

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Ingrid Matthäus-Maier, MdB, ist stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Dr. Tyll Necker, 58, ist Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Köln.

Prof. Dr. Christian Watrin, 59, ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft.

Prof. Dr. Rüdiger Pohl, 45, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Fernuniversität Hagen, Mitglied des Vorstandes des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Dr. Hans-Eckart Scharrer, 52, ist Leiter der Abteilung Internationale Finanzen, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

zung nicht möglich ist, wäre eine Rentenerhöhung ohnehin erforderlich. Wenn die DDR im Zuge der erforderlichen Preisreformen die wirtschaftspolitisch unsinnigen Subventionen abbaut, steht für eine Erhöhung der staatlichen Transfers auch das Geld zur Verfügung.

Eine deutsch-deutsche Währungsunion kann die notwendigen Wirtschaftsreformen in der DDR nicht ersetzen. Notwendig sind insbesondere die Abschaffung der bürokratischen Kommandowirtschaft, die marktwirtschaftliche Reform des Preissystems, leistungsrechte Entlohnung und ein funktionsfähiges Bankensystem.

Die Übernahme der Geldversorgung der DDR durch die Bundesbank bedeutet, daß die geldpolitische Autonomie der DDR auf die Bundesbank übergeht; d.h. eine eigenständige DDR-Zentralbank mit eigener Notenpresse gäbe es dann nicht mehr. Allerdings würden die fünf Länder der DDR, deren Gründung bevorsteht, ebenso wie die Bundesländer Sitz und Stimme im Zentralbankrat der Bundesbank erhalten und könnten auf diesem Wege an der stabilitätsorientierten Geldpolitik der gemeinsamen Zentralbank mitwirken.

Es ist klar, daß nur eine demokratisch legitimierte DDR-Regierung

zu dieser Übertragung der geldpolitischen Autonomie befugt ist. Deshalb kommt die Bildung einer deutsch-deutschen Währungsunion auch vor den Wahlen nicht in Betracht. Ich komme aber immer mehr zu dem Ergebnis, daß diese Währungsunion schon in diesem Jahr erforderlich sein wird.

Durch die deutsch-deutsche Währungsunion würde auf der Alltagsbene der Menschen ein entscheidender Schritt hin zur deutschen Einheit vollzogen. Dadurch würde der Druck gemildert, die Einheit auch auf der politisch schwierigeren staatsrechtlichen Ebene überstürzt vorzunehmen.

Tyll Necker

Ein Fünf-Stufen-Plan für die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft

Der politische und wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß der DDR wird zum Rennen gegen die Uhr. Mit der langersehnten Öffnung der deutsch-deutschen Grenze haben sich zugleich hochgespannte Hoffnungen auf einen durchgreifenden und unumkehrbaren Wandel vor allem auch der ökonomischen Lebensbedingungen verknüpft. Seither überschlagen sich die Ereignisse, vor allem die politische Situation in der DDR ändert sich täglich. Wie groß der Entscheidungsdruck mittlerweile geworden ist, belegt die Vorverlegung der Volkskammerwahlen auf den 18. März und die Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“.

Dagegen kommt der wirtschaftliche Reformprozeß nur schleppend voran, mit der Konsequenz, daß Tag

für Tag mehr als viermal soviel Bürger ihrem Staat den Rücken zukehren als vor dem Bau der Mauer 1961. Gleichzeitig bedrohen Warnstreiks und Produktionsausfälle den Fortbestand der ohnehin angeschlagenen DDR-Wirtschaft. Staatsautorität und Führungsfähigkeit der Unternehmen werden von der Bevölkerung zunehmend in Frage gestellt. Die Lebensfähigkeit des Landes scheint aufs höchste gefährdet.

Signale für die Zukunft

Um eine weitere Abwanderung produktiver Arbeitskräfte aus der DDR zu stoppen, bedarf es verlässlicher Signale, die die Erwartung einer baldigen, grundlegenden und zukunftsweisenden Umgestaltung des dortigen Wirtschaftssystems begründen. Dies würde die Zuver-

sicht der Bürger der DDR stärken und zu neuer Hoffnung und Heimatbindung im anderen Teil Deutschlands beitragen. Es wäre allerdings naiv zu glauben, es gäbe eine „Zauberformel“, die den Wohlstand in der DDR quasi über Nacht auf das Niveau hierzulande heben könnte.

Wie immer der Weg zu wirtschaftlicher Erneuerung und Reform aussehen mag: Unerlässlich für eine erfolgreiche Neuorientierung der DDR ist

□ die konsequente Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch die rasche Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen, insbesondere

- die Schaffung attraktiver rechts-, steuer- und finanzpolitischer Rahmenbedingungen für unternehmerische Betätigung,

- eine umfassende Reform des Preissystems auf den Güter- und Faktormärkten,
- eine durchgreifende Privatisierung zur Förderung von Leistungsanreizen und zum breitgestreuten Vermögensaufbau,
- ein der Marktwirtschaft konformes soziales Sicherungssystem;

- der Aufbau einer soliden Geld- und Währungsordnung, vor allem
 - die strikte Orientierung der Geldversorgung an den realen Produktionsmöglichkeiten,
 - die Etablierung eines leistungsfähigen Bankensystems sowie
 - die Herstellung „realistischer“, d.h. marktgerechter Wechselkurse.

Rahmensetzung für eine soziale Marktwirtschaft

Diesen Reformweg konsequent zu gehen, wird keine leichte Aufgabe sein. Doch gibt es keine überzeugende Alternative. Mit Korrekturen am bestehenden System allein ist es nicht mehr getan. Der sogenannte „dritte Weg“ ist bereits klar vorgezeichnet und hat seine Erfolge unter Beweis gestellt: die Soziale Marktwirtschaft. Ein gangbarer Weg wäre, durch Konkretisierung von überschaubaren Teilschritten einen verbindlichen Fahrplan für die Umsetzung des Programms zu erstellen. Dabei gilt es, die strikte Verzahnung von währungs- und ordnungspolitischen Reformelementen im Auge zu behalten.

Eindeutiges Reformziel sollte sein, bereits bis zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes Ende 1992 auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft eine deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungs-gemeinschaft zu errichten. Dieses Ziel wäre in fünf Stufen erreichbar.

In einer ersten Stufe, die unverzüglich in Angriff zu nehmen ist, wären die ordnungspolitischen Grundlagen für den Aufbau einer Sozialen Marktwirtschaft in der DDR zu schaffen. Die Freisetzung unternehmerischer Initiative in der DDR erfordert rasche Verfassungsänderungen und adäquate gesetzliche Rahmenbedingungen. Wesentliche Voraussetzung für eine Dezentralisierung des Wirtschaftsgeschehens ist die Etablierung einer privaten Eigentumsordnung. Privateigentum an Produktionsmitteln ist die entscheidende Triebfeder für wirtschaftliche Dynamik.

Volle Freiheit zur Ausübung privater Eigentumsrechte und Garantie der vollen Gewerbefreiheit bei Rechtssicherheit stehen dabei in einem untrennbaren Zusammenhang. Dies schließt die Marktöffnung für private Unternehmensgründungen, ohne die ein funktionierender Wettbewerb sich nur unzureichend herausbilden kann, ebenso ein wie die Beseitigung der vielfältigen Restriktionen im Außenwirtschaftsverkehr. Darüber hinaus wird es unumgänglich sein, ein inve-

stitutions- und wettbewerbsfähiges Steuerrecht zu entwickeln. Der Standort DDR muß für private Investitionen attraktiv werden. Ein konfiskatorischer Zugriff seitens des Staates auf die Unternehmenseerträge erstickt indes jede private Initiative im Keim. Die Bereitschaft zu Investitionen setzt eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Besteuerung voraus. Überhaupt muß endlich „grünes Licht“ gegeben werden durch schlüssiges Handeln. Die endlosen Diskussionen um die Joint-Venture-Gesetzgebung haben einmal mehr gezeigt, daß das eigentliche Grundproblem von den Verantwortlichen noch nicht hinreichend erfaßt ist: Den Bürgern und Unternehmen Vertrauen entgegenzubringen muß die Regel, staatliche Intervention die Ausnahme sein.

Neuordnung des Geld-, Kredit- und Finanzwesens

Im Anschluß an die Schaffung der elementaren ordnungspolitischen Voraussetzungen für eine Soziale Marktwirtschaft sind Schritte notwendig, die das Geld-, Kredit- und Finanzwesen der DDR auf eine solide Grundlage stellen. Insbesondere müßten Maßnahmen zur kontrollierten Abschöpfung des bestehenden Kaufkraftüberhangs eingeleitet werden. Ein Währungsschnitt á la 1948 ist sicherlich nicht notwendig. Zu denken wäre jedoch beispielsweise an die Privatisierung von Sachvermögen im Staatsbesitz

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

WELTKONJUNKTURDIENST

Der Vierteljahresbericht, der von der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

sowie an die Ausgabe von zinstragenden staatlichen Schuldtiteln. Dies wäre zugleich ein Beitrag zur Stärkung der privaten Eigentumsbildung. In jedem Falle müßte der erzielte Erlös stillgelegt werden. Durch die Beseitigung des Geldüberhangs würden Güterangebot und monetäre Nachfrage wieder in ein gesundes Verhältnis zueinander gebracht und einem Virulentwerden der zurückgestauten Inflation weitgehend entgegengewirkt.

In diese Reformphase gehört auch die Neuordnung des Bankwesens sowie die Institutionalisierung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes in der DDR. Ein effizientes Bankensystem verlangt vor allem die Zulassung privater Kreditinstitute sowie die Marktöffnung für Auslandsbanken. Darüber hinaus ist eine strikte Trennung der geldpolitischen Kontrolle durch die Staatsbank einerseits und die Wahrnehmung vor allem des Einlagen- und Kreditgeschäfts und des Zahlungsverkehrs durch die Geschäftsbanken andererseits anzustreben. Die Staatsbank wäre dann unabhängige Währungsbehörde, allein der Geldwertstabilität verpflichtet und frei von hoheitlichen Auflagen, wie etwa zur Finanzierung von Staatsdefiziten. Der monetäre Anpassungsprozeß ist durch eine straffe und investitionsorientierte Haushaltspolitik zu flankieren. Nur so kann das verlorengegangene Vertrauen in den Staat zurückgewonnen werden.

Reform der Preisbildung bei sozialer Flankierung

Die dritte Stufe gilt vor allem einer grundlegenden Reform der Lohn- und Preisbildung sowie der Abschaffung von Preissubventionen. Dies wäre zugleich der Abschied von der zentralen Planwirtschaft.

Löhne und Preise können nur dann effizient ihre Koordinations-

funktion für Produktions-, Investitions- und Nachfrageentscheidungen wahrnehmen, wenn sie die Knappheitsverhältnisse auf den Märkten unverzerrt widerspiegeln. Andernfalls führt dies zu Fehllenkungen knapper Ressourcen mit untragbaren Konsequenzen für Bedarfsdeckung und Arbeitsproduktivität. Staatliche Vorgaben für Löhne und Preise haben in einem System marktwirtschaftlicher Steuerung keinen Platz mehr. Statt dessen muß die Preisbildung dem Wettbewerb auf den Märkten, die Lohnfindung den neu zu etablierenden Tarifparteien überlassen werden. Dies verlangt auch den Abbau der vielfältigen Preissubventionen und produktbezogenen Abgaben sowie der einengenden sozialrechtlichen Auflagen.

Zur Sicherung wettbewerblicher Verhältnisse ist eine grundlegende Neuordnung der Unternehmensstrukturen in der DDR, insbesondere die Entflechtung der meisten Großkombinate, unumgänglich. Die dann entstehenden kleineren Unternehmenseinheiten müssen schnell privatisiert werden. In diesem Strukturwandel liegt der eigentliche Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg: Je schneller es gelingt, leistungsfähige kleine und mittelständische Unternehmen zu etablieren, um so zukunftsicherer wird der ökonomische Stabilisierungsprozeß. Mutige Schritte zur Reprivatisierung von Staats- und sogenanntem Volkseigentum sind im übrigen ein schneller und wirksamer Beitrag auch zur Bindung der Bürger an ihre Heimat.

Ohne Zweifel bedürfen die genannten Reformen einer wirksamen sozialen Flankierung. Genauer gesagt geht es um ein ausgewogenes Verhältnis von Eigenverantwortung einerseits und sozialer Sicherung andererseits. Notwendig sind vor allem erste Schritte zum Aufbau eines

der Subsidiarität verpflichteten Sozialversicherungssystems. Ein so gestaltetes „soziales Netz“ wird um so leistungsfähiger sein, je dynamischer und effizienter das Wirtschaftssystem auf Dauer ist.

Öffnung nach außen

Die vierte Stufe auf dem Weg zu einer deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft dient der Öffnung der DDR nach außen. Eine erfolgreiche Integration der DDR in die Weltwirtschaft ist nur dann vorstellbar, wenn die DDR-Währung international unbeschränkt handelbar ist. Dies hätte stimulierende Wirkung sowohl für den internationalen Waren- als auch für den Kapitalverkehr. Die Notwendigkeit einer baldigen Konvertibilität der DDR-Mark ist unbestritten. Das Ideal wäre sicherlich eine unbeschränkte Konvertibilität bei flexiblen Wechselkursen. Aus heutiger Sicht wäre allerdings ein solcher Schritt nur schwer zu verantworten. Gleichwohl gibt es auch keine Rechtfertigung für dauerhafte Beschränkungen des Devisenverkehrs. So müßte überlegt werden, wie sich nach erfolgreichem Durchlaufen der ersten Reformstufen, d. h. nach Lösung der grundlegenden ordnungspolitischen Probleme, eine schrittweise Konvertibilität der DDR-Mark anbietet. Diese könnte zunächst auf Zahlungsströme im Zusammenhang mit dem Außenhandel sowie auf ausländische Kapitalinvestitionen in der DDR begrenzt bleiben. Die Zufuhr privaten Kapitals stabilisiert ihrerseits den Kurs der DDR-Mark. Die Legalisierung der D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR könnte die Inländerkonvertibilität wesentlich beschleunigen.

Die – in der Übergangsphase – nur unvollkommene Konvertibilität dürfte unerwünschten Kapital- und Wechselkursbewegungen weitge-

hend den Boden entziehen. Unter der Voraussetzung, daß die monetären und realwirtschaftlichen Bedingungen stimmen, wären begrenzt bewegliche Kurse, genauer gesagt, wäre ein Herantasten an ein marktgerechtes Kursniveau, mit überschaubaren Risiken verbunden. Die „Bindung“ basierte insbesondere auf einer konsequenten stabilitätsorientierten Geldpolitik. Nicht nur stabilitätspolitisch bedenklich wäre hingegen die Verteidigung eines politisch determinierten Kurses durch die Deutsche Bundesbank.

Gemeinsamer Währungsraum

Nach erfolgreich durchlaufender „Testphase“ wäre es ökonomisch verantwortlich, das Geldvolumen der DDR-Mark zu dem am Markt

etablierten Wechselkurs in D-Mark einzutauschen. Die beiden deutschen Staaten wären faktisch zu einer Währungsgemeinschaft zusammengewachsen. Es gäbe nur noch eine Währung, die D-Mark, die von der Deutschen Bundesbank emittiert und kontrolliert würde. Die DDR würde damit ihre geld- und währungspolitische Souveränität verlieren. Die Rolle der Staatsbank der DDR entspräche der einer Landeszentralbank mit all ihren Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Fähigkeit der Bundesbank zur stabilitätsgerechten Steuerung des Geldumlaufs dürfte durch die Verschmelzung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen Währungsraum nicht ernsthaft gefährdet werden. Allerdings muß sichergestellt sein, daß die bislang erfolgreiche

Geldpolitik der Bundesbank nicht durch eine falsch angelegte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der DDR unterlaufen wird.

Der qualitative Sprung zu einer deutsch-deutschen Währungsgemeinschaft bedeutete für die DDR die begründete Hoffnung auf Stabilität und baldigen wirtschaftlichen Fortschritt. Arbeit, Leistung und Heimatbindung in der DDR bekämen wieder eine reale Basis. Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des wirtschafts- und währungspolitischen Reformprogramms der DDR wird letztlich sein, wie weit es gelingt, das Vertrauen der Bürger für einen Kurs der Sozialen Marktwirtschaft zu erlangen. Der Ausgang der Volkskammerwahl am 18. März ist ein erster Prüfstein auf diesem Weg.

Christian Watrin

Voraussetzungen und offene Fragen einer Wirtschafts- und Währungsunion

Jede Diskussion über eine deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion zum jetzigen Zeitpunkt setzt stillschweigend voraus, daß in Kürze das bisherige Regime in der Deutschen Demokratischen Republik durch eine stabile demokratische Regierung abgelöst wird, daß rechtsstaatliche Bedingungen eingeführt und gefestigt werden, daß die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit garantiert wird und daß sich ein weitreichender Konsens für die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung herausbildet. Auch wenn all dies gewährleistet ist, kann der derzeitige ordnungspolitische Spielraum jederzeit durch Änderungen im politischen System der östlichen

Vormacht unvorhergesehenen Wandlungen unterliegen, die ihrerseits wiederum tiefgreifende Rückwirkungen auf das Handeln aller Beteiligten haben.

Aber auch bei großer Unsicherheit des politischen Handlungsrahmens kann sich die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik nicht in eine Wartestellung zurückziehen. Sie ist, anders als gegenüber den übrigen osteuropäischen Reformländern, im Falle der DDR durch die Einheit der Nation und die aus ihr folgende Wanderungsfreiheit der DDR-Bürger unmittelbar verpflichtet und betroffen.

Unter diesen Bedingungen bietet sich die Wirtschafts- und Währungs-

union als wirtschaftspolitische Organisationsform an. Sie soll einerseits den Weg zur staatlichen Einheit ebnen. Sie wird andererseits als ein Mittel empfohlen, das erstens den wirtschaftlichen Aufbau der in einer tiefen Krise befindlichen DDR-Wirtschaft ermöglichen und das zweitens geeignet sein soll, Befürchtungen entgegenzutreten, die sich mit einer weiter anhaltenden hohen Zuwanderung in die Bundesrepublik verbinden.

Unvergleichbare Dringlichkeit

Verglichen mit den Bestrebungen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hat das deutsch-deutsche Projekt eine

nicht vergleichbare Dringlichkeit dadurch gewonnen, daß weder die amtierende Übergangsregierung der DDR sich zu einer klaren Wirtschaftspolitik entschlossen hat, noch daß im Gesetzgebungsprozeß die als äußerst dringlich anzusehenden Vorhaben eingeleitet wurden, die für die Ablösung der auf sozialistischem Eigentum beruhenden zentralbürokratischen Wirtschaftslenkung durch eine marktwirtschaftliche Ordnung erforderlich sind. Perspektiven für eine wirtschaftliche Besserung können sich so nicht entwickeln. Es darf daher kaum verwundern, daß die Abwanderung weiter anhält.

Welche Aussichten eröffnet eine Wirtschafts- und Währungsunion vor diesem Hintergrund? Durch eine Wirtschaftsunion würde die DDR sicher wesentlich schneller als die anderen Reformländer den Anschluß an den innereuropäischen Markt und darüber hinaus an die Weltmärkte gewinnen.

Die Vorteile der erweiterten gesellschaftlichen Arbeitsteilung lassen sich aber erst dann voll realisieren, wenn die währungspolitischen Bedingungen kein Grund mehr sind, um den Wirtschafts- und Kapitalverkehr durch staatliche Interventionen zu behindern. Dies setzt entweder eine eigene stabile Währung oder die wirtschafts- und geldpolitische Anbindung an eine stabile Leitwährung oder aber eine Währungsunion mit einem Stabilitätsland voraus.

Folgt man dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft, so ist eine Wirtschaftsunion durch die vier Freiheiten, den freien Güter- und Dienstleistungsverkehr, die Niederlassungsfreiheit, die Wanderungsfreiheit und die Freiheit des Kapitalverkehrs – Freiheiten, die die EG bisher nicht zur Gänze gewährt – definiert. Diese vier Freiheiten können ihrerseits wohlfördernde Wirkungen nur im Rahmen einer auf den

Grundsätzen einer Privatrechtsordnung beruhenden Marktwirtschaft entfalten. Deren Ausgestaltung im Detail kann, wie gerade die Erfahrungen mit der EG zeigen, durchaus bedeutsame Abweichungen in den einzelnen Teilnehmerländern aufweisen, solange nicht die Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die erwerbswirtschaftliche Betätigungsfreiheit, die Offenheit der Märkte und der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt werden.

Entscheidende Maßnahmen

Für die DDR und die Pläne einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik sind diese Voraussetzungen gegenwärtig nicht erfüllt. Die im sozialistischen Modell angelegte Politisierung der Wirtschaft, die noch bestehende Verfassung, die das „sozialistische Eigentum“ zwingend vorschreibt, und das bestehende Wirtschaftssystem stehen dem Eintritt in eine Wirtschaftsunion entgegen. Zwar bildet sich außerhalb der Bahnen des geltenden Rechts offenbar schnell eine zweite Wirtschaft heraus. Aber es ist nicht zu erwarten, daß diese gewissermaßen „eigentumslose“ Wirtschaft jene Wohlstandskräfte in Gang setzt, die die Bevölkerung des Landes erwartet, wenn sie von ihrem Abwanderungsrecht keinen Gebrauch machen soll.

Sämtliche Hoffnungen richten sich daher auf ein frei gewähltes Parlament und die aus ihm hervorgehende Regierung. Beiden Organen wird es aufgegeben sein, die entscheidenden gesetzgeberischen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Hierzu zählen nicht nur die Aufhebung des sozialistischen Eigentums und die Einführung des Privateigentums sowie die Schaffung der Rechtsgrundlagen für den privaten Eigentumserwerb an Produktionsmitteln und für Investitio-

nen von In- und Ausländern, sondern auch die Aufhebung der Preiskontrollen und zahlloser anderer Reglementierungen, soweit sie das Zustandekommen von freien Preisen und Wettbewerb behindern. Ebenso wichtig sind die gesellschafts- und wirtschaftsrechtlichen Grundlagen für die wirtschaftliche Verselbständigung der volkseigenen Betriebe und die Auflösung der aus der Planwirtschaft stammenden Wirtschaftsbükratien einschließlich der zugehörigen Kontrollorgane des sogenannten Freien Gewerkschaftsbundes und der kommunistischen Partei. Ferner sind umfangreiche Maßnahmen zur Privatisierung des auf 1300 Mrd. Mark der DDR geschätzten Staatseigentums vordringlich, um so die Freiheit der einzelnen Bürger wirtschaftlich zu stärken und gleichzeitig die Bedingungen für das Zustandekommen von Wettbewerbspreisen auf breiter Front zu verbessern.

Auf den ersten Blick mag diese Agenda den Eindruck erwecken, daß sie das Parlament auf Jahre hinaus beschäftigen werde. Wenn jedoch der revolutionäre Schwung anhält, können sich viele Entwicklungen durch die von Marxisten so oft beschworenen gesellschaftlichen Kräfte oder Tendenzen schneller vollziehen, als selbst Optimisten gegenwärtig anzunehmen bereit sind. Dabei mag sich die Nähe zum westdeutschen Recht und die Möglichkeit, Teile seines Privat-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts ganz oder weitgehend zu übernehmen, als hilfreich bei der Meisterung vieler im Augenblick noch unüberwindlich scheinender Schwierigkeiten erweisen. Ohne Zweifel ist dies nicht nur die Stunde der Ökonomen, sondern auch der Gesetzgeber.

Hinwendung zur Marktwirtschaft

Gelingt es, die rechtlichen Grundlagen der Marktwirtschaft schnell zu schaffen und die Hinwendung zur

Marktwirtschaft glaubhaft zu machen, dann ist eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in der DDR geschaffen. Der erwartete Zustrom von investitionsbereitem Kapital, die Zuwanderung von technischem Wissen, der Abbau der zahllosen Ineffizienzen der bisherigen Planwirtschaft, die daraus resultierenden Produktivitätsgewinne und Einkommensverbesserungen werden den Expansionsprozeß beschleunigen. Die oft geäußerte Befürchtung, daß der Umstellungsprozeß ein schwer zu meisterndes Beschäftigungsproblem schaffen werde, muß sich nicht bewahrheiten. Sie hat auch kein Fundament in den westdeutschen Erfahrungen nach 1948. Die Befreiung der Produktivkräfte setzte damals – unter wesentlich ungünstigeren Umständen – einen wirtschaftlichen Aufschwung in Gang, der alle vorher geäußerten Befürchtungen gegenstandslos werden ließ.

Setzt der dynamische Aufholprozeß ein, dann wird die Abwanderungsneigung, lange bevor ein Ausgleich der monetären Einkommen erreicht ist, spürbar abnehmen. In hochindustrialisierten Ländern erzeugen Differenzen von 1:2 keineswegs Massenwanderungen. Eine aufwärts gerichtete Wohlstandsentwicklung mit verlässlichen Erwartungen auf eine dauerhafte Fortsetzung des marktwirtschaftlichen Kurses wird daher die Wanderungsbewegungen im Rahmen des für den regionalen Ausgleich Üblichen halten. Dadurch wird sich auch die tem-

poräre Belastung der Bundesrepublik in der ersten Phase weiterer Zuwanderungen – ihr stehen später deutliche volkswirtschaftliche Gewinne gegenüber – deutlich vermindern. Im übrigen wird mit der Normalisierung der Verhältnisse in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum auch der Anspruch auf Übersiedlungshilfen, wenn die Gefahr einer Wiederkehr der politischen Unterdrückung endgültig gebannt ist, auf Dauer obsolet.

Entscheidung über das Wechselkurssystem

Die Wirtschaftsunion ist also für beide Teile Deutschlands wirtschaftlich gesehen von Vorteil, wenn sie unter den Bedingungen ordnungspolitischer Kompatibilität vollzogen wird und wenn gleichzeitig wirtschaftspolitische Fehler, wie eine Erhöhung der Löhne über den Produktivitätsfortschritt hinaus, das Schüren von Verteilungskonflikten oder die Beschädigung der ordnungspolitischen Grundlagen der Marktwirtschaft vermieden werden.

Eine Wirtschaftsunion setzt keine Währungsunion voraus, noch bedarf sie ihrer zwingend. Sie ist, wie die Erfahrungen zwischen den EG-Ländern zeigen, möglich mit flexiblen und festen Wechselkursen. Dabei haben flexible Wechselkurse, wie sie etwa zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik bestehen, den Vorteil, daß sie mit voller Konvertibilität und Kapitalverkehrsfreiheit kompatibel sind, ein Ziel, das bei festen Wechselkursen nur

bei gleichgerichteter Geld- und Fiskalpolitik erreichbar ist. Unsicher bleibt im zweiten Fall, ob nicht über kurz oder lang wieder Zuflucht zu „temporären“ Beschränkungen des freien Kapitalverkehrs aus Gründen einer „autonomen“ Währungs- und Wirtschaftspolitik gesucht wird.

Die Wirtschaftsreformen setzen auch eine Entscheidung über das Wechselkursregime voraus. Angesichts der Gefahren, die von Festkurssystemen ausgehen, spricht vieles für flexible Kurse. Diese sind mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik zu verbinden. Im vorliegenden Fall bedeutet das, daß nicht nur die noch bestehende Devisenbewirtschaftung bei den kommerziellen Transaktionen aufgehoben werden muß, sondern auch daß ein funktionsfähiges Geldsystem mit weisungsunabhängiger Notenbank und Geschäftsbanken zu schaffen ist. Auch hier müßte die DDR nicht wie andere osteuropäische Länder von Grund auf neu beginnen. Sie könnte durch eine schnelle Öffnung ihrer Grenzen für den Dienstleistungsverkehr in großem Umfang westdeutsche Banken für ihren Markt interessieren. Außerdem wären Hilfen bei der Einrichtung ihrer Notenbank denkbar.

Auch diese Umstellung wird Zeit beanspruchen, vor allem weil die Mark der DDR bisher eine reine Binnenwährung ist, die keine der üblichen Geldfunktionen zureichend erfüllt. Die Sorge, daß die Umstellungsfrist zu lang sei, daß der Zuwandererstrom weiterhin hoch

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis
DM 120,-
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

bliebe oder wegen der Ungeduld vieler DDR-Bürger sogar in ungeahnte Dimensionen stiege und daß die DDR unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe, hat in jüngster Zeit zum Angebot einer Währungsunion mit der Bundesrepublik geführt. Ihre schnelle Einführung soll die Erwartungen der DDR-Bürger ins Positive wenden und die Abwanderung nachhaltig senken.

Abbau des Abwanderungsdrucks?

Ohne Zweifel sind die Abwanderungsmotive zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach wie vor stark. Gleichwohl ist es nötig, sie nüchtern einzuschätzen. Für die DDR-Wirtschaft ist die Abwanderung solange besonders bedrohlich, wie das Land sein überholtes bürokratisches Wirtschaftssystem beibehält. Diesem fehlt jede Elastizität und in ihm sind Abwanderer weder durch verbesserte Lohnangebote noch durch Maschinen schnell zu ersetzen. Hinzu kommt der Abwanderungsdruck aus der geringen Qualität des Umweltschutzes und der Infrastruktur.

Aber auch unter diesen Bedingungen gilt für die Wanderungsbewegungen, sofern keine politischen Rückschläge mehr zu erwarten sind, daß ihnen zunehmend ökonomische Erwägungen zugrunde liegen werden. Auch wenn die deutschen Übersiedler nicht das schwere Schicksal von Auswanderern in der übrigen Welt teilen, so entstehen ihnen doch beträchtliche Kosten. Sie liegen in den Schwierigkeiten, Immobilien in der Heimat günstig zu verkaufen und Ersparnisse frei zu transferieren sowie in den oft langen Fristen der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche bis hin zum Einleben in eine neue Umgebung. Auch dies dürfte, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bessern, in Richtung auf ein Nachlassen der Abwan-

derungsbereitschaft hin wirken. Trotzdem sind die Gefahren großer und schwerer Schocks im Zuge politischer Veränderungen nicht zu leugnen.

Zu fragen ist, ob vor diesem Hintergrund eine Währungsunion hilfreich ist, ob sie die Abwanderung bremsen und den Weg zur Wohlstandssteigerung abkürzen kann. Bevor die Wirtschaftsreformen in Gang gesetzt worden sind und der marktwirtschaftliche Prozeß angeht, spricht jedoch wenig für eine Währungsvereinheitlichung.

Politisch bedingte Wanderungsbewegungen vermag sie nicht zu verhindern. Wer persönliche Freiheit schätzt, wird sich der politischen Unterdrückung auch dann entziehen, wenn das mit einer Verschlechterung seines Lebensstandards gegenüber den bisherigen Umständen verbunden ist.

Schaffung eines Vertrauensvorschusses?

Institutionell aber ist schwer einzusehen, wie eine Währungsunion ohne die vorherige Schaffung eines funktionsfähigen Geschäftsbankensystems für die Kreditvermittlung und -allokation in der DDR greifen soll. Wenn man unter einer Währungsunion überdies nicht die einseitige Einführung der DM als Währung in der DDR verstehen will, wird auch nicht auf den Aufbau einer DDR-Notenbank verzichtet werden können. Daraus resultieren Folgen für die geldpolitische Willensbildung. Letzteres gilt auch für die Besetzung des Zentralbankrates durch Mitglieder aus der DDR. Es ist dann fraglich, ob ein Ziel der Währungsunion, die Schaffung eines Vertrauensvorschusses seitens der DDR-Bevölkerung, überhaupt noch erreicht wird.

Eine Währungsunion kann ferner nicht die realwirtschaftlichen

Schwierigkeiten der DDR, das Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle zum Westen hin, beseitigen. Ihre baldige Einführung würde den Aufholprozeß der DDR in vielfacher Hinsicht gefährden. Als erstes ist zu fragen, bei welchem Austauschverhältnis die Fixierung der Wechselkurse vorgenommen werden soll. Politisch liegt es nahe, einen Kurs 1:1 zu favorisieren. Es wäre dann nötig, in mühsame Verhandlungen mit der DDR über die Beseitigung des wahrscheinlich nicht unerheblichen Geldüberhangs zu treten. Je nachdem welches Übereinkommen erzielt wird, müßte die Bundesrepublik erhebliche Lasten bei der Währungssanierung übernehmen.

Weitere volkswirtschaftliche Kosten treten hinzu. Trifft es zu, was viele Beobachter vermuten, daß ein Kurs von 1:1 überhöht ist, dann wäre die erste Reaktion ein Konsumrausch in der DDR, der sich vor allem in der Bundesrepublik inflationär entladen würde. Bei zu günstiger Umtauschrelation für die DDR wäre gleichzeitig ihr Kostenniveau zu hoch, um für Kapitalimporte aus dem Westen attraktiv zu sein. Fehlt in einer solchen Situation das Wechselkursventil, um die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen, so muß sich die Anpassung auf Preise und Löhne erstrecken. Sind diese nach unten rigide, so bleiben zur Anpassung nur staatliche Transfers oder Abwanderungen als Alternativen übrig. Erstere sind erfahrungsgemäß nicht geeignet, die wirtschaftliche Lage zu verbessern; sie verzerren die Preise und begünstigen rentensuchendes Verhalten. Letztere rufen Abwanderungen hervor, die gemessen an den Produktionsmöglichkeiten unter Umständen zu hoch sind.

Kann eine solche Entwicklung beim Übergang zur Währungsunion vermieden werden? Dies dürfte in der Aufbauphase einer marktwirt-

schaftlichen Ordnung schwierig sein. In ihr gibt es, wie die westdeutschen Erfahrungen zeigen, zunächst starke Veränderungen der relativen Preise und des Preisniveaus. In dieser Lage begegnet die Wahl eines Umtauschkurses unüberwindbaren Schwierigkeiten. Würde er beispielsweise zu ungün-

stig für die Einkommensbezieher der DDR gewählt und sähen sich diese erheblichen Kürzungen ihrer in DM ausgedrückten Einkommen gegenüber, so werden sie noch geneigter sein, abzuwandern.

Eine gemeinsame Währung kann daher erst nach einer längeren Phase des gemeinsamen Zusam-

menwachsens in einer Wirtschaftsunion in Betracht gezogen werden. Das mag die politischen Hoffnungen auf eine schnelle Einigung schwächen. Aber sie um den Preis kaum überschaubarer Kosten anstreben zu wollen, das wäre eine Politik, die den Menschen in der DDR nicht hilft.

Rüdiger Pohl

Die Preisreform ist der erste Schritt zur Währungsunion

Eine Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sollte nur im Gleichschritt mit dem wirtschaftlichen Reformprozeß in der DDR vollzogen werden. Da die Reform nicht in kurzer Zeit realisiert werden kann, ist an die Währungsunion vorläufig nicht zu denken. Die entscheidende Voraussetzung für die volle Konvertibilität der DDR-Mark und damit für einen Währungsverbund ist die Reform des Preissystems in der DDR. Solange hier Fortschritte nicht greifbar sind, bleibe eine währungspolitische Integration voreilig; sie würde zu wachsender Ineffizienz im Außenhandel führen und der wirtschaftlichen Erneuerung in der DDR schaden.

Wie das Währungssystem der DDR am Ende eines erfolgreichen Reformprozesses aussehen wird, ist leicht zu beschreiben: volle Konvertibilität der DDR-Mark, ein fester Wechselkurs gegenüber den westlichen Währungen, faktische Anpassung der Geldpolitik an den monetären Kurs der Bundesbank bzw. des Europäischen Währungssystems. Bei einer Wiedervereinigung würde darüber hinaus eine einheitliche

Währung eingeführt, so daß Wechselkursänderungen und eine eigenständige Geldpolitik auch de jure nicht mehr möglich wären.

Heute geht es aber nicht um das erfolgreiche Ende, sondern um die ersten tastenden Schritte des Reformprozesses. Konkret steht zur Diskussion, ob die währungspolitische Integration der DDR mit der Bundesrepublik sofort kommen soll oder allmählich im Gleichschritt mit wirtschaftlichen Reformmaßnahmen. „Währungspolitische Integration“ heißt Übergang zur vollen Konvertibilität der DDR-Mark, nicht notwendig, aber doch wünschenswert verbunden mit einer gleichzeitigen

Fixierung des Wechselkurses zur D-Mark.

Für die rasche Realisierung eines Währungsverbundes sprechen sich viele aus, so die SPD (Ingrid Matthäus-Maier, Wolfgang Roth), der BDI (Tyll Necker), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Reinhard Pohl) und die Ost-CDU¹. Doch in der öffentlichen Diskussion wird oft übersehen, daß diese Vorschläge an Bedingungen geknüpft sind, die einen raschen Vollzug der währungspolitischen Integration ausschließen. Vorausgesetzt wird nämlich ein grundlegender wirtschaftlicher Systemwandel in der DDR. Dazu gehören die Reform des Preissystems, Privateigentum, Investitionsfreiheit, die Beseitigung des staatlichen Außenhandelsmonopols, ein straffer Staatshaushalt, die Verpflichtung der Zentralbank auf eine streng stabilitätsorientierte

¹ I. Matthäus-Maier, W. Roth: D-Mark als gemeinsame Währung einer deutsch-deutschen Währungsunion und Sofortmaßnahmen zur Unterstützung des Reformprozesses in der DDR: Ein Hoffnungssignal für die Bürger der DDR, in: Die SPD im Deutschen Bundestag, 2. 2. 1990; I. Matthäus-Maier: Signal zum Bleiben, in: Die Zeit, 19. 1. 1990; Necker strebt rasche Währungsunion mit der DDR an, in: FAZ, 24. 1. 1990; Necker wirbt für Stufenplan zur Währungsunion, in: Handelsblatt, 26. 1. 1990; Reinhard Pohl (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Thesen zur Reform des Preis- und Währungssystems in der DDR, Manuskript, Januar 1990; Ost-Mark durch D-Mark ersetzen. Die Ost-CDU ist für eine Währungsunion mit der Bundesrepublik, in: FAZ, 31. 1. 1990.

² Diese Reformschritte werden von den genannten Autoren aufgeführt. Für eine umfassende Darstellung des notwendigen Reformprozesses in der DDR vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten, Sondergutachten, 20. 1. 1990.

Geldpolitik, die Einführung eines nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten funktionierenden Bankensystems². Wilhelm Krelle³ hat recht: „Wenn man diesen Katalog von notwendigen Maßnahmen überschaut, so wird man zweifeln müssen, daß das alles in kurzer Zeit (wenn überhaupt) möglich ist.“

Ineffizienter Handel

Doch kann bei der währungspolitischen Integration auf den Gleichschritt mit wirtschaftlichen Reformmaßnahmen nicht verzichtet werden. Claus Köhler⁴ begründet das so: „Die freie Verfügbarkeit der Mark (der DDR; d.V.) durch Inländer im Ausland und durch Ausländer im Inland setzt voraus, daß die Wirtschaft der DDR leistungsfähig und gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig ist. Reiseausgaben der DDR-Bürger z.B. müssen durch Warenexporte bezahlt werden können. Die Konvertibilität der Mark ist daher nur schrittweise, zusammen mit erfolgreichen Etappen der Wirtschaftsreform zu verwirklichen.“

Von einer währungspolitischen Integration aus dem Stand – schneller, als die Neuordnung der DDR-Wirtschaft vorankommt – ist abzuraten. Zunehmende Ineffizienz im Außenhandel der DDR wäre insbesondere dann programmiert, wenn die volle Konvertibilität der DDR-Mark eingeführt würde, bevor es zu einer Entzerrung der Preisrelationen und zur Einführung eines marktwirtschaftlich funktionierenden Preisbildungssystems in der DDR gekommen ist⁵. In den Vorschlägen zu einem raschen Währungsverbund werden die Zusammenhänge zwi-

schen Konvertibilität, Wechselkursen und Preissystem häufig nach Erfahrungen beurteilt, wie sie zwischen etablierten westlichen Marktwirtschaften gelten. Dies ist nicht sachgerecht. Im konkreten Fall Bundesrepublik-DDR ginge es heute gerade noch nicht um die währungspolitische Verbindung zweier Marktwirtschaften, sondern um die einer Marktwirtschaft mit einer derzeit immer noch sozialistischen Volkswirtschaft. Hier gelten andere währungspolitische Zusammenhänge⁶.

Bei den etablierten Marktwirtschaften bedeutet Konvertibilität, daß der Außenhandel an komparativen Kostenunterschieden ausgerichtet werden kann und damit effizient ist. Entscheidend ist dabei, daß unverzerrte Preisrelationen zwischen Inland und Ausland gegeben sind, d.h. daß das Verhältnis der Inlandspreise zu den Auslandspreisen bei den einzelnen Gütern weitgehend dem Kostenverhältnis zwischen Inland und Ausland bei der Produktion dieser Güter entspricht. Exporte und Importe sind in dem Sinne „effizient“, daß das Inland die Güter exportiert, die es im internationalen Vergleich kostengünstig herstellen und am Weltmarkt zu niedrigem Preis anbieten kann; gleichzeitig werden Güter impor-

tiert, die im Inland kostenaufwendig hergestellt werden müßten und die vergleichsweise billig am Weltmarkt zu haben sind.

Verzerrte Preisrelationen

Diese Vorstellungen sind nicht auf den Handelsverkehr einer sozialistischen Volkswirtschaft mit einer Marktwirtschaft übertragbar. Das sozialistische Preissystem führt zu „verzerrten“ Preisrelationen. Da die einzelnen Güterpreise durch vielfältige staatliche Eingriffe in keinem systematischen Zusammenhang zu den Produktionskosten der Güter stehen, weichen die Kostenrelationen zwischen sozialistischem Inland und westlichem Ausland bei den einzelnen Gütern von den entsprechenden Preisrelationen ab. Diese Abweichungen stellen in marktwirtschaftlicher Sicht „Verzerrungen“ dar, denn unter diesen Bedingungen ist der Außenhandel bei voller Konvertibilität nicht mehr effizient. Ineffizienz entsteht dort, wo das sozialistische Land Güter exportiert, die es von den Kostenrelationen gesehen vergleichsweise teuer produziert, jedoch wegen der verzerrten Preisrelationen am Weltmarkt billig anbietet. Ineffizienz liegt auch dort vor, wo das Land Güter importiert, die es von den Kostenrelationen her selbst zwar billig produzieren könnte, wegen der verzerrten Preisrelationen jedoch noch billiger am Weltmarkt beziehen kann.

Das Problem sind also die Preisverzerrungen. Viel wird gegenwärtig über die „richtige“ Höhe des Wechselkurses zwischen DDR-Mark und D-Mark gesprochen. Dazu werden die Niveaus der Preise, Kosten und Löhne in der DDR mit denen in der Bundesrepublik verglichen. Dies geht am eigentlichen Kern des währungspolitischen Problems vorbei. Nicht das Niveaufälle bei Kosten und Preisen steht einem Währungsverbund

⁵ Unter Konvertibilität verstehen wir hier im weiteren Sinne das Recht von Inländern und Ausländern zur unbegrenzten Verwendung einer Währung für Zahlungen. Mit der Konvertibilität würden also Außenhandelsbeschränkungen und Kapitalverkehrsbeschränkungen fallen. Vgl. Reinhard Pohl, a.a.O., S. 12.

⁶ Dies wird von manchem übersehen. Es ist schon eigentümlich, wenn W. Hankel für einen Währungsverbund Bundesrepublik-DDR mit dem Argument eintritt, andere währungspolitische Kooperationen in Europa (Schweiz-Liechtenstein, Belgien-Luxemburg, Bundesrepublik-Österreich) hätten sich doch auch bewährt. Vgl. W. Hankel: Kein Bedarf für zwei Währungen, in: Handelsblatt, 29. 1. 1990. Auch der von W. Engels angestellte Vergleich einer Währungsunion Bundesrepublik-DDR mit der Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft ist wegen der gänzlich unterschiedlichen Ausgangsbedingungen wenig überzeugend; W. Engels: Was ist die Ost-Mark wert?, in: Wirtschaftswoche, 2. 2. 1990.

³ W. Krelle: Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung in Ost und West, Vortrag vor der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung, Manuskript S. 10, 24. 1. 1990.

⁴ C. Köhler: Wirtschaftliche Aspekte in West-Europa und in Ost-Europa und die politischen Rahmenbedingungen, Manuskript, 14. 1. 1990.

entgegen, sondern die nicht zueinander passenden Strukturen bei Kosten und Preisen.

Bei verzerrten Preisrelationen – das ist das entscheidende Argument – verlieren die komparativen Kostenunterschiede ihre lenkende Funktion für die Handelsströme; es kommt zu ineffizienten Exporten und Importen. Volkswirtschaftlich stellt dies eine Vergeudung von Ressourcen dar. Würde man heute die volle Konvertibilität der DDR-Mark einführen, käme es zu einer starken Ausweitung des Außenhandels – aber auf der Basis verzerrter Preissignale, so daß die ineffizienten Handelsströme anschwellen würden. Das kostet die DDR Ressourcen und belastet die wirtschaftliche Erneuerung.

Noch verstärkt würden diese Fehlentwicklungen, wenn zugleich mit der Konvertibilität der Wechselkurs der DDR-Mark flexibel würde. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre mit einer Abwertung der DDR-Mark zu rechnen. Die Exporte würden dadurch noch zusätzlich gesteigert, und bei den gegebenen Preisverzerrungen wäre um so mehr damit zu rechnen, daß Güter zum Export gelangen, bei denen die DDR einen komparativen Kostenrückstand hat. Der tendenziell gleiche Effekt träte ein, wenn man einen zwar festen, aber bewußt unterbewerteten Kurs der DDR-Mark wählen würde. Während die Unterbewertung der Währung einer Marktwirtschaft mit unverzerrten Preisrelationen wie eine wachstumsstimulierende Exportsubvention wirkt, hat die Unterbewertung in einer sozialistischen Wirtschaft mit verzerrten Preisrelationen den

⁷ Den Subventionseffekt sieht H. Barbier, den Ineffizienz-Effekt übersieht er, wenn er die Unterbewertung der Mark im Interesse der DDR liegen sieht. Vgl. H. Barbier: Auf dem Prüfstand des Währungsmarktes, in: FAZ, 2. 2. 1990.

⁸ Vgl. Sachverständigenrat, Ziffer 39.

wachstumshemmenden Effekt, daß der Export von Gütern mit komparativen Kostennachteilen gefördert wird⁷.

Notwendige Preisreform

Die Ressourcen verschwendende Ineffizienz im Außenhandel, die eine Folge der Preisverzerrungen ist, kann nur durch eine Reform des Preissystems der DDR verhindert werden. Deswegen ist die Preisreform die dringende Voraussetzung für die volle Konvertibilität der DDR-Mark und somit für die währungspolitische Integration der DDR und der Bundesrepublik. Mit dieser Voraussetzung ist zugleich der Zeitplan bestimmt, in dem der Währungsverbund realisierbar erscheint. Denn so wichtig sie ist, kann die Preisreform nicht über Nacht verwirklicht werden.

Die Marktpreise der Güter müssen ihre notwendigen Produktionskosten widerspiegeln. Zwar scheint es einfach, die Marktpreise der Güter durch Abbau von Subventionen und Abschöpfungen an die Kosten anzupassen. Aber die Produktionskosten selbst sind ja durch die staatlichen Preissetzungen verzerrt. Entzerrung der Preise heißt daher auch, die „eigentlichen“, volkswirtschaftlich notwendigen Produktionskosten ermitteln zu müssen – ein schwieriges Vorhaben. Die Orientierung an den Preisstrukturen international handelbarer Güter an den Weltmärkten kann hier helfen⁸. Ferner genügte die einmalige Entzerrung der Preise nicht. In einer dynamischen Wirtschaft, in der sich die Marktverhältnisse und Kostenbedingungen rasch ändern, müssen Preisbildungsmechanismen etabliert sein, die neuerliche Preisverzerrungen nicht entstehen lassen. Das setzt weitere Reformen – Unternehmensreform, Wettbewerbsverfassung – voraus, was Zeit kostet, bis es wirksam wird. Wieviel Zeit er-

forderlich ist, kann niemand verlässlich abschätzen. Aber es erscheint unrealistisch, daß Pläne für einen Währungsverbund, der feste Wechselkurse bei voller Konvertibilität der DDR-Mark oder eine einheitliche Währung vorsieht, in einem oder zwei Jahren realisierbar sind.

Solange die Preisreform noch nicht greift, ist von einer vollen Konvertibilität der DDR-Mark abzuzusetzen. Für den Handelsverkehr – abgesehen vom Tourismus – und für den Kapitalverkehr müssen derzeit noch Beschränkungen bleiben⁹. Die Beschränkung der Konvertibilität ist freilich nur als eine vorübergehende Schutzmaßnahme zu akzeptieren, die ineffizientem Handel bei noch verzerrten Preisstrukturen entgegenwirken soll. Preisreform so schnell wie möglich und Konvertibilität so schnell wie möglich – das sollte die Maxime für den Reformprozeß sein. Eine Fehlentscheidung würde es darstellen, wenn die Preisreform in der DDR unter dem Schutz von Handelsrestriktionen und Kapitalverkehrsbeschränkungen hinausgezögert würde. Die Ineffizienzen, die von dem unzulänglichen Preissystem ausgehen, würden sich mit den Ineffizienzen des bürokratischen Kontrollapparates kumulieren, den eine Devisenbewirtschaftung nun einmal mit sich bringt¹⁰.

Die rasche währungspolitische Integration kann aus einem ganz anderem Blickwinkel betrachtet werden: als ein Signal an die Menschen in der DDR, daß der Weg zur Marktwirtschaft irreversibel ist und es sich lohnt, in der DDR zu bleiben¹¹. Es ist jedoch unwahrschein-

⁹ Vgl. Sachverständigenrat, Ziffer 40. Auch der Kronberger Kreis hält zunächst eine begrenzte Konvertibilität für notwendig; Den Kurs der DDR-Mark zwischen eins und zwei zu eins fixieren, in: FAZ, 31. 1. 1990.

¹⁰ Vgl. Reinhard Pohl: Reform des Preissystems, a.a.O., S. 33 f., 38.

¹¹ Vgl. I. Matthäus-Maier, W. Roth, a.a.O.

lich, daß ein Währungsverbund die Abwanderung der Menschen stoppen kann. Selbst wenn die D-Mark zur Umlaufwährung würde, bliebe es vorerst bei der Ineffizienz der DDR-Wirtschaft. Das dort erzielbare Einkommen, auch wenn es in D-Mark ausgezahlt wird, erreichte das in der Bundesrepublik übliche

Niveau nicht. Das Einkommensgefälle schafft den Anreiz zur Abwanderung, und das wird durch einen Währungsverbund nicht eingeebnet. Will man den Menschen in der DDR Anreize zum Bleiben geben, müßten umfangreiche Transferzahlungen geleistet werden. Das ist aber kein Thema für die Währungs-

politik, sondern ein Thema für die Finanzpolitik. Statt diese Probleme in die währungspolitische Watte zu kleiden, sollte man Klartext reden: In der Bundesrepublik müssen die Steuern erhöht werden, um in neuem Umfang Transferzahlungen und Subventionen für die DDR finanzieren zu können.

Hans-Eckart Scharrer

Schocktherapie statt Gradualismus

Ist die rasche Ablösung der DDR-Mark durch die D-Mark im Rahmen einer Währungsgemeinschaft, wie von der Bundesregierung jetzt vorgeschlagen, ein geeignetes Mittel, um die beide deutsche Staaten alarmierende Welle von Übersiedlern zu bremsen und die DDR-Wirtschaft zu stabilisieren, mehr noch: zu stimulieren? Oder hätte dieser Schritt womöglich den gegenteiligen Effekt? Richtig ist: der Übersiedlerstrom ist nicht nur Ausdruck des aktuellen Einkommens- und Versorgungsgefälles zwischen der Bundesrepublik und der DDR, sondern (mehr noch?) eines Vertrauensgefälles. Weder der Regierung Modrow noch einer künftigen, aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung trauen die Bürger offenbar zu, den Niedergang der DDR-Wirtschaft aufzuhalten. Richtig ist ferner: die Übernahme der D-Mark kann geeignet sein, wirtschaftliches Vertrauen zu begründen – allerdings auch, neue Befürchtungen zu wecken.

Vertrauensbildende Elemente

Zunächst zu den vertrauensbildenden Elementen eines solchen Schritts:

- Die D-Mark verkörpert für viele

Menschen die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik. Mit der Aufgabe der Währungssouveränität und ihrer Übertragung auf die Bundesbank bindet sich die DDR unwiderruflich an die Bundesrepublik Deutschland und „importiert“ damit Vertrauen. Diese Bindung impliziert den unbedingten Verzicht auf Experimente in der laufenden Finanz-, Geld- und Währungspolitik (allerdings ist die Währungsumstellung selbst ein gewaltiges Experiment, für das es kein Vorbild gibt!).

- Auch die Bundesrepublik geht ihrerseits eine feste Bindung zur DDR ein, ihre wirtschaftspolitische Mitverantwortung für die Entwicklung in der DDR erhält eine neue Qualität.

Konkret erlaubt die Einführung der D-Mark den Bürgern und Unternehmen in der DDR den Zugriff auf das gesamte Güter- und Dienstleistungsangebot der Bundesrepublik und der Welt. Die enge Zahlungsbilanz- und Devisenbeschränkung, der die Wirtschaft der DDR bisher unterlag, entfällt. Für die Bürger bedeutet die Entlohnung in D-Mark: es lohnt sich wieder, zu arbeiten. Für die Unternehmen: Materialengpässe, die heute die Produktion hemmen, werden überwunden, In-

vestitionen in moderne (westliche) Maschinen und Anlagen werden möglich.

- Bürger und Unternehmen erhalten Zugang zum westdeutschen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt mit seiner weiten Palette an Finanzierungs- und Anlagemöglichkeiten. Für westdeutsche und ausländische Unternehmen entfällt bei Investitionen das Transfer- und Wechselkursrisiko für Ertragsausschüttungen und Kapitalrückführungen.

Mit dem Wegfall der Wirtschaftsgrenze zur Bundesrepublik, einer notwendigen Konsequenz der währungspolitischen Integration, wird die DDR-Wirtschaft aus ihrer provinziellen Enge befreit, Leistungsreserven werden freigesetzt.

Probleme und Risiken

Damit sind zugleich die Probleme und Risiken dieses Schrittes angesprochen:

- Die Wurzeln der Schwäche der DDR-Wirtschaft liegen nicht in der Schwäche und fehlenden Konvertibilität ihrer Währung, sondern in der im Ansatz verfehlten Wirtschaftsordnung und den daraus resultierenden Preis- und Produktionsver-

zerrungen, dem niedrigen, überalterten Kapitalstock (Produktivkapital und Infrastruktur) und einer entsprechend niedrigen Arbeitsproduktivität, ihrem geringen Innovationsgrad und dem daraus folgenden technologischen Rückstand (im weitesten Sinne). Die Einführung der D-Mark ändert an diesen Gegebenheiten – zumindest kurzfristig – nichts, sie setzt vielmehr die ohnehin nur begrenzt wettbewerbsfähige DDR-Wirtschaft einem massiven Schock aus.

□ Welche Konsequenzen dieser Schock hätte, wird deutlich, wenn man zunächst unterstellt, die Währungsumstellung würde – ohne flankierende Maßnahmen – im Verhältnis 1 : 1 vollzogen, d. h. Preise, Löhne, Geldforderungen würden unverändert nun in D-Mark anstatt in DDR-Mark ausgedrückt: Ein erheblicher Teil der DDR-Industrieproduktion wäre dann auf einen Schlag

nicht mehr absetzbar, und zwar weder auf dem internationalen Markt noch – bei offener Grenze – in der DDR selbst. Trabi und Wartburg, Kühlschränke und Fernseher, PCs und die meisten Kunststoffe würden vom Markt verschwinden, hunderttausende Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verlieren. Eine Umtauschrelation, die den Beschäftigten in der Industrie monatliche Arbeitseinkommen von durchschnittlich 1300 DM (Bundesrepublik: 3650 DM) bescherte und damit – bei zunächst anhaltend niedrigen Mieten, Dienstleistungspreisen, Verkehrstarifen etc. – vermutlich geeignet wäre, die Abwanderung deutlich zu bremsen, würde (zumindest im verarbeitenden Gewerbe) die Zahl der Arbeitsplätze drastisch schrumpfen lassen.

□ Eine angenommene Umtauschrelation von 4 : 1 würde zwar den Anpassungsschock in der Industrie

mildern. Zugleich würde sie aber die Nominallohne aller Beschäftigten – d. h. auch außerhalb des „exponierten“ industriellen Sektors – auf 300-350 DM, und damit weit unter das Existenzminimum, die Renten auf 100-150 DM sinken lassen; ein offensichtlich sozial unerträgliches Ergebnis, das den Übersiedlerstrom erst recht anschwellen lassen müßte. (Die von einigen Wirtschaftswissenschaftlern in Ost und West implizierte Erwartung, daß ein fester Wechselkurs zwischen – fortexistierender – Mark und D-Mark von 4 : 1 sie zum Bleiben bewegen könnte, unterschätzt die Fähigkeit unserer Landsleute, zu rechnen.)

Flankierende Maßnahmen

Geht man einmal davon aus, daß ein Umstellungsverhältnis zwischen 1 : 1 und 2 : 1 gesamtwirtschaftlich – nicht in jedem Falle sek-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Rasul Shams

INTERESSEGRUPPEN UND ANPASSUNGSKONFLIKTE IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Fallstudie II Mauritius

Die Zahl der Entwicklungsländer, die mit dem IWF und der Weltbank Abkommen zur Strukturanpassung vereinbart haben, hat in den 80er Jahren rasch zugenommen. Zugleich hat sich die Diskussion um die Konfliktträchtigkeit solcher Anpassungsprogramme stark intensiviert. Vor dem Hintergrund der Vermutung, daß der Erfolg bzw. Mißerfolg von Programmen, die Art und Weise ihrer Durchführung sowie der Zeitraum, in dem sie politisch aufrechterhalten werden können, entscheidend durch die Aktivität von Interessengruppen determiniert werden, wird Mauritius einer empirischen Analyse unterzogen. Gerade das Beispiel dieser kleinen Inselökonomie kann dazu dienen, die Relevanz eines breiten sozialen Konsens für den Erfolg von Anpassungsprogrammen herauszuarbeiten.

Großoktav,
76 Seiten, 1989,
brosch. DM 14,80
ISBN 3-87895-383-6

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

toral – angemessen und vertretbar ist, dann stellt sich die Frage, ob und wie die bei dieser Relation unvermeidlichen strukturellen Anpassungsfriktionen sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch abgefedert werden können:

□ Auf der sozialpolitischen Ebene sind notwendige flankierende Maßnahmen die Einbeziehung der DDR in das System der Arbeitslosenversicherung der Bundesrepublik. Damit wird automatisch (!) der notwendige stabilisierende Finanzausgleich bewirkt, der sich in diskretionären Ad-hoc-Entscheidungen erfahrungsgemäß politisch nur schwer durchsetzen läßt. Beteiligung an den Lasten der Strukturanpassung ist der notwendige Preis für die wirtschaftliche Einheit. Um Mißverständnisse auszuschließen: Beiträge und Leistungen werden in der DDR nach dem gleichen Schlüssel wie in der Bundesrepublik berechnet, nicht jedoch in gleicher Höhe gezahlt.

□ Auf der wirtschaftspolitischen Ebene ist zunächst die DDR mit einer umfassenden Systemtransformation zur Marktwirtschaft gefördert. Unser Vorschlag¹ ist, das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik und den ihm zugrunde liegenden Rechtsrahmen pauschal zu übernehmen („Big Bang“) – nicht, weil dieses System vollkommen wäre, sondern weil die Erarbeitung eines neuen Rechtsrahmens und die damit gegebenen Unsicherheiten die Schaffung neuer Arbeitsplätze unvertretbar verzögern würden. Tatsächlich geht es darum, erstens die in der DDR vorhandenen unternehmerischen, personellen und materiellen Ressourcen unverzüglich zu mobilisieren und zweitens Unternehmen aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland zu Investitionen in der DDR zu stimulieren. Beides zusammen kann dazu beitragen, einen wesentlichen Teil der frei-

gesetzten Arbeitskräfte neu zu beschäftigen oder ihre Freisetzung sogar ganz zu vermeiden. Letzteres setzt freilich voraus, daß die DDR auch bereit ist, Kombinate oder Teile davon rasch an private Investoren zu veräußern und damit diesen Betrieben den für ihr Überleben erforderlichen Kapital- und Innovations-schub zukommen zu lassen. (Dies kann auch dadurch geschehen, daß man die fiktiven Eigentümer der VEBs, das Volk bzw. die dort Beschäftigten, durch Ausgabe von kostenlosen Belegschaftsaktien zu tatsächlichen Eigentümern macht und ihnen die Möglichkeit gibt, diese Aktien zu einem Preis, den sie selbst akzeptabel finden, zu verkaufen.) Notwendig ist die Einsicht, daß sich die DDR in einem internationalen und interregionalen Standortwettbewerb befindet.

Lohnpolitische Zurückhaltung notwendig

□ Ein wesentlicher Aktivposten in diesem Standortwettbewerb ist das niedrige Reallohnniveau in der DDR. Befürchtungen westdeutscher Gewerkschaften, daß die DDR zum Billiglohnland werden könnte, sind unbegründet: sie ist es bereits. Es wäre verhängnisvoll für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungschancen der DDR-Arbeitnehmer, wenn dieser Trumpf verfrüht aus der Hand gegeben würde. Die Gewerkschaften (auch in der Bundesrepublik) sollten deshalb in eine kooperative Entwicklungsstrategie von Anfang an einbezogen werden. Ziel muß es sein, die Effektivlöhne für eine begrenzte Zeit den Tariflöhnen voraus-eilen zu lassen.

□ Die rasche Verbesserung der Infrastruktur ist eine weitere notwendige Bedingung für private Investi-

tionen in das Produktivkapital. Die Eingliederung der Deutschen Post und der Deutschen Reichsbahn in die westdeutschen öffentlichen Partnergesellschaften oder die Vergabe von Lizenzen an private Gesellschaften, etwa im Bereich der Telekommunikation, sind Mittel, um die notwendigen Investitionen rasch anzukurbeln.

□ Was das Steuersystem betrifft, so sollten die Einkommen- und Unternehmensteuern zur Kompensation des geringeren staatlichen Leistungsangebots (Infrastruktur) zunächst eher niedriger sein als in der Bundesrepublik. Sonderabschreibungen und Verlustvorträge sind Anreize zur Stimulierung der Investitionstätigkeit.

□ Nicht sofort erforderlich erscheint die Öffnung des Immobilienmarktes für Bundesbürger und Ausländer (ausgenommen Betriebsgrundstücke). Hier kann DDR-Bürgern durchaus ein „Vorlauf“ gewährt werden.

Mit diesen Überlegungen wird für eine Schocktherapie plädiert. Sie setzt auf D-Mark-Einführung, ordnungspolitischen „Big Bang“, flankierende Maßnahmen der Bundesrepublik (Finanzausgleich) und befristete Lohnzurückhaltung in der DDR. Mit diesem Paket kann die Sanierung der DDR verhältnismäßig rasch gelingen, der Übersiedlerstrom gestoppt und umgekehrt werden. Die Risiken der Therapie liegen vor allem in ordnungspolitischer Zögerlichkeit (Gradualismus statt „Big Bang“), unzureichender finanzpolitischer Solidarität der Bundesrepublik und einer expansiven Lohnpolitik. Eines muß allen Entscheidungsträgern klar sein: das Instrument der Abwertung steht bei dieser Strategie nicht zur Verfügung, um Fehler und Versäumnisse anderer Politikbereiche auszubügeln; sie schlagen unmittelbar auf die Beschäftigung durch.

¹ Vgl. dazu im einzelnen Dieter L ö s c h, Peter P l ö t z u. a.: Soziale Marktwirtschaft jetzt, HWWA-Report Nr. 82, Hamburg 1990.